

"Wieder Soldaten?" in Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (22. Januar 1952)

Legende: Am 22. Januar 1952 beschäftigt sich das Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung mit der Frage der Wiederbewaffnung des Landes und erinnert an die zahlreichen Chancen und Risiken im Zusammenhang mit der Gründung einer zukünftigen deutschen Armee.

Quelle: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung. 22.01.1952, Nr. 9. Bonn: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. "Wieder Soldaten?", p. 85.

Urheberrecht: (c) Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

URL:

[http://www.cvce.eu/obj/"wieder_soldaten_"_in_bulletin_des_presse_und_informationsamtes_der_bundesregierung_22_januar_1952-de-dd19aed3-c2f1-4d86-814e-400635885b26.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 14/05/2013

Wieder Soldaten?

Die Frage einer neuen Wehrhaftmachung stößt im deutschen Volke begreiflicherweise zunächst auf einen inneren Widerstand. Die Erinnerungen an Kasernenhof und Drill aus einer Zeit, da der Militarismus Triumphe feierte, sind im Volke noch allzu lebendig. Die Reaktion, die sich daraus auf die Möglichkeit der Schaffung neuer deutscher Wehreinheiten ergibt, ist durchaus gesund. Schafft sie doch ganz neue geistige und psychologische Voraussetzungen, die dem Problem der Wehrhaftigkeit andere Aspekte geben.

Richtige Maße für die Erfassung und Würdigung dieses Problems können schon von der Tatsache abgeleitet werden, daß von Hause aus antimilitaristische Staaten, die seit jeher als ausgesprochen neutral gelten, es doch für notwendig erachten, eine starke Wehrmacht zu unterhalten. Staaten wie die Schweiz, wie Norwegen, Schweden und Dänemark sind im Begriffe, unter Aufwendung erheblicher Mittel ihre Wehrmacht auf den Stand der höchsten Leistungsfähigkeit und der neuzeitlichsten Waffentechnik zu bringen. Es sind zu gleicher Zeit ihrem Geiste nach eminent demokratische Staaten, die sich vor die Notwendigkeit gestellt sehen, auch zugleich militärisch geschützt und stark zu sein.

Es entspricht alles anderem als militaristischem Denken, wenn man eine Wehrmacht als ein natürliches konstitutives Organ einer jeden staatlichen Gemeinschaft anerkennt. Nur kommt es darauf an, daß dieses Instrument der politischen Führung und den politischen Verantwortungen Untertan bleibt und nicht, wie es zum Beispiel im ersten Weltkrieg unter der Führung Ludendorffs und noch mehr im zweiten Weltkrieg unter Hitler der Fall war, zugleich auch die letzten politischen Verantwortlichkeiten an sich reißt. Auch ist es unausweichlich erforderlich, daß nicht, wie es dem Gesetz des Militarismus entspricht, die ganze soziale und wirtschaftliche Volksordnung nach militärischen Vorstellungen und organisatorischen Kategorien ausgerichtet wird.

Unter diesen Vorbedingungen gewinnt die Frage der Wehrhaftmachung für das deutsche Volk ein ganz neues Gesicht. Sie ist schlechthin eine Frage der Weiterentwicklung und der weiteren Vervollständigung, der demokratischen Staats- und Volksordnung. Dadurch, daß die Bundesrepublik durch den Schumanplan als ersten Schritt Partner einer europäischen Gemeinschaft geworden ist, ist sie zugleich eine Frage dieser Gemeinschaft. Sie ist eine folgerichtige Erweiterung und zugleich wesentliche Vertiefung dieser Gemeinschaft.

Wie der Schumanplan auf wirtschaftlichem Gebiete durch eine europäische Zusammenarbeit den selbstmörderischen Kampf der europäischen Mächte untereinander für die Zukunft auszuschließen berufen ist, so in vielleicht noch wirksamerer Form die Zusammenarbeit auf militärischem Gebiet, da gerade sie echte menschlich-kameradschaftliche Beziehungen von Volk zu Volk lebendig werden läßt.

Darüber hinaus soll eines der zentralen Organe dieser europäischen Verteidigungsgemeinschaft geradezu die Aufgabe einer verfassunggebenden europäischen Versammlung übernehmen. Das ist heute schon, wie Staatssekretär Prof. Dr. Hallstein in seinem jüngsten Vortrag vor Bonner Studenten erklärte, eines der wichtigsten Ergebnisse der letzten Außenministerkonferenz in Paris gewesen. Bundestagsabgeordneter Blank hat in seiner Rundfunkrede vom letzten Samstag ferner eindeutig unterstrichen, daß die gleichberechtigte Partnerschaft auch an der europäischen Verteidigungsgemeinschaft für Deutschland gesichert sei.

Die Bundesrepublik befindet sich in einer der gefährdetsten Positionen der Welt. Das Beispiel Südkoreas, das eigentlich den Willen der westlichen Völker geweckt und beschwingt hat, sich gegen jede neue Aggression durch Verstärkung der Militärkräfte zu schützen, dürfte vornehmlich uns Veranlassung geben, ein gleiches Schicksal von uns abzuwenden und damit dazu beizutragen, daß die ganze Welt vor einem Abenteuer bewahrt wird, das den Untergang der westlichen Kultur im Gefolge haben müßte. Auch in diesem universalen Zusammenhang gewinnt ein deutscher Wehrbeitrag seinen Sinn und seine Bedeutung. Er ist eine unausweichliche Notwendigkeit geworden, wenn wir in Freiheit weiterleben und unsere Demokratie mit zu einem Baustein des Friedens machen wollen.